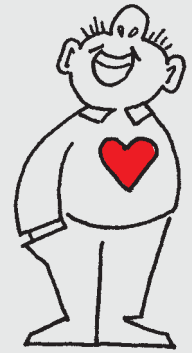


MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze

4/2012

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

Info-Stände: DIE LINKE,
Gewerkschaften, Grünes Klassenzimmer
Musik • Spiel und Spaß für Kinder
Gastronomische Versorgung
Die ersten 100 Bratwürste gibt's gratis!

Wir laden herzlich ein!
Am 1. Mai 2012
Max-Seydewitz-Platz
von 9 bis 12 Uhr

Traditioneller Autokorso
Treff um 9 Uhr auf dem Aldi-Parkplatz
Alle, die ein Auto, Zeit und Lust
darauf haben,
sind herzlich willkommen.

Vom Winde verweht ...



... wurden die Haushaltsanträge unserer Fraktion nicht. Allerdings sorgte die große Koalition von SPD bis CDU dafür, dass keiner unserer Anträge eine Mehrheit erhielt.

Unser Ziel waren nicht etwa Mehrausgaben im Haushalt 2012, nein, wir wollten insgesamt 24.000 € einsparen und für den Park 7 und den Verein »unBehindert Leben« bereits im Haushaltsentwurf vorhandene Mittel sichern. Außerdem ging es um eine bescheidene Instandsetzung der Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus auf dem Platz des Friedens. Hier sollten dringend notwendige Arbeiten durchgeführt werden, die diesen Ort schrittweise wieder in eine akzeptable Gedenkstätte verwandeln sollten. Im Vorfeld haben wir darüber auch mit der SPD gesprochen und erwartet, dass sie den Antrag unterstützt. Aber selbst hier stimmte die Mehrheit der SPD-Abgeordneten nicht für unseren Antrag. Die Gedenkstätte am Platz des Friedens wird alljährlich am 27. Januar, dem Gedenktag für die Opfer des Faschismus, zu einer Gedenkfeier genutzt. Der jetzige Zustand der Anlage ist einfach katastrophal. Für die CDU ist die Verweigerung der Instandsetzung sicher kein Problem. Sie fehlte als einzige Fraktion der SVV bei der diesjährigen Veranstaltung, obwohl der Gedenktag auf die Initiative des ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzog (CDU) zurückgeht.

Zur Finanzierung der Reparatur sollten 10.000 € genutzt werden. Gleichzeitig

beantragten wir die Streichung von 34.000 €, geplant für ein Tourismuskonzept. Die Verwaltung konnte dazu keine inhaltlichen Informationen geben und eine konzeptionelle Vorarbeit existiert nicht. Die zuständigen Fachausschüsse haben sich mit dem Sachverhalt nie beschäftigt, aber die Verwaltung wünscht diese Ausgabe. Dies war natürlich für die anderen Fraktionen der SVV ein ausreichender Grund, um die Mittel im Haushalt zu belassen.

Besonders tragisch ist die Ablehnung der finanziellen Mittel für den Verein »unBehindert leben e.V.«. Der haust seit 16 Monaten im ehemaligen Jugendklubhaus unter unhaltbaren Bedingungen. Gegenüber dem Fernsehsender RBB

hatte der Bürgermeister noch drei Tage vor der Sitzung erklärt, er werde eine Lösung für den Verein in der Sitzung der SVV präsentieren. Leider gab es keinen Vorschlag. Nur der Abgeordnete Helmut Ließ kritisierte den Verein, weil dieser sich in seiner Notsituation an die Medien gewandt hatte. Nicht die katastrophale Situation des Vereins, verschuldet durch Stadt und Kreis, ist offensichtlich das Problem, sondern die öffentliche Anklage im Fernsehen.

Nun wehte der Wind nicht nur durch unsere Haushaltsanträge. Die Planung eines neuen Windparks an der A 15 im Bereich der Ortsteile Groß und Klein Bademeusel löste kommunale Sturmböen aus. Die CDU schlug sich sofort auf die Seite der Windkraftgegner und statt sachlicher Analyse wurden erst mal Horrorszenarien entworfen. ➤ S. 2



IN EHRENDEM GEDENKEN

Die Mitglieder der Partei Die LINKE in Forst einschließlich der Mitglieder der Fraktion der Stadtverordnetenversammlung trauern um

Erhard Kunick

Er starb am 29. März 2012 im Alter von 68 Jahren.

Erhard gehörte zu den Genossen, die über Jahrzehnte Mitglied unserer Partei und ihrer politischen Vorgänger waren. Seit 1991 als sachkundiger Bürger und seit 2003 als Mitglied der Stadtverordnetenversammlung hat er sich in seiner Heimatstadt für Menschen aller gesellschaftlichen Schichten eingesetzt. Bekannt war er auch als engagierter Radsportler, als Mitglied des Polizeisportvereins und als einer der bekanntesten Fahrradmechaniker unserer Stadt. Erhard gehörte zu den streitbaren Geistern, die ihre Meinung auch dann vertreten haben, wenn es schwierig war oder negative Konsequenzen nach sich ziehen konnte. Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit waren seine Tugenden, die uns stets in Erinnerung bleiben werden, und in Forst werden noch lange Fahrräder rollen, die durch Erhards geschickte Hände gegangen sind.

Ortsverband und Fraktion der SVV DIE LINKE

Schorschels Stadtgeflüster

»Ein Rosen-Mercedes für die große Schau 2013« (LR vom 26.03.2012) – das ist doch was, und damit ein österliches Halblöcher ihr des Lesens kundigen Mitmenschen.

Jetzt geht's richtig los – alles mit der Rose, alles für die Rose! Nach dem Rosen-Mercedes kommt die nächste Überraschung – eine Rosen-Mieterhöhung für mindestens 500 Forster Familien, gesponsert von der FWG, deren Aufsichtsratsvorsitzende rein zufällig auch für den Forster Häuserabriss zuständig ist, ei, ei, ei! Für die Betroffenen wird jetzt aber Geld gesammelt, mich deucht, ich hätte so was gelesen – ach, nee, das hab' ich verwechselt, das Geld ist für den Sarg vom alten Brühl – nicht für die Bedürftigen, Adel geht vor, Tschuldigung! Das erklärt auch das Gerücht, dass während der Amtseinführung der zweiten nicht frei gewählten Rosenkönigin die August-Bebel-Straße

in Graf-Heinrich-von-Brühl-Allee umgetauft werden soll, während in der Zwischenzeit unser Hobby-Graf aus der Stadtverwaltung, der so eine böse Geschichtslehrerin hatte, den Wartenden bei der Forster Tafel und beim Hartz-IV-Job-Center aus seinem märchenhaften Buch vorliest, um ihnen die Zeit des Wartens zu versüßen. Begeisterungstürme und der Jubel der dankbaren Zuhörer sind ihm gewiss. Beifall auch für den unvergessenen wutanfallähnlichen Auftritt des SPD-Abgeordneten Helmut L. bei der letzten SV-Sitzung. Recht hat er, wie kann der Verein »unBehindert leben e.V.« das RBB-Fernsehen in die Stadt holen, nur weil seit über einem Jahr dieser Verein von der Stadt im Stich gelassen wird. Wo kämen wir denn hin, wenn jeder petzen würde, was so hinter den Kulissen passiert, außerdem warten manche noch länger, auch ohne Hoffnung auf Hilfe. Zum Glück haben die Stadtverordneten den Antrag des Vereins auf finanzielle Hilfe gleich noch mit abgelehnt (bis auf 6 Abtrünnige). Prima, Helmut, so haben wir uns Volksvertreter immer vorgestellt. Schade nur, dass euch keiner wieder wählen wird!

Tschüss, Euer *Schorschel*

Vom Winde verweht

(Fortsetzung von Seite 1)

Bei den Kollegen der CDU sind solche energetischen Manöver nicht neu. Vor wenigen Jahren kämpften sie gegen neue Tagebaue, inzwischen hat die Landespartei gerade die unbefristete Nutzung der Braunkohle gefordert.

Erneuerbare Energien sind nicht problemlos, aber wer die Energiewende will, muss auch mit den Konsequenzen umgehen können. Wichtig ist, dass die Stadt bei der Entwicklung von Anlagen für erneuerbare Energien ein Mitspracherecht hat. Der jetzt gefasste Beschluss zur Aufstellung eines Bebauungsplans erlaubt diese Mitsprache. Die Interessen aller Beteiligten müssen offen diskutiert und nicht zur Stimmungsmache genutzt werden.

Alle wollen bezahlbaren Strom aus der Steckdose, aber keiner will mit Erzeugung oder Transport des Stroms belastet werden. Dies ist schlicht unmöglich. Lasten und Verantwortung teilen, ob bei Kohle oder erneuerbaren Energien, wird der einzige Weg in eine sichere energetische Zukunft sein. Die Menschen, die besondere Lasten der Energieerzeugung tragen, müssen auch in angemessener Weise von den wirtschaftlichen Gewinnen profitieren. Die Verhinderung von Energieerzeugung dagegen ist keine Lösung, oder will jemand zukünftig öfters im Dunkeln sitzen?

Ingo Paeschke,
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE
der SVV Forst

Spruch des Monats

»Was der Welt am meisten fehlt,
sind Menschen,
die sich mit den Nöten
anderer befassen.«

Albert Schweizer

Was ist Bürokratie?

Als Bürokratismus bezeichnet man eine bürokratisch überzogene Handlungsorientierung, welche die Vorschrift über den Menschen stellt und ihn weitgehend als Objekt behandelt.

Aha, nun wissen wir, dass auch in Forst immer mehr bürokratisch gehandelt wird. Hier ein paar wenige Beispiele:

- die Nutzung einer um wenige Millimeter zu kleinen Parkuhr wird als Ordnungswidrigkeit geahndet;
- der sonntägliche Trödelmarkt im Park 7 darf nur noch sechsmal im Jahr stattfinden und diese Entscheidung wird sogar noch in der LR als eine Errungenschaft proklamiert und gefeiert;
- eine Autofahrerin musste in der Domsdorfer Straße Bußgeld wegen Haltens bzw. Parkens auf dem Randstreifen zah-

len, obwohl es hier aufgrund der Straßenbedingungen keine andere Möglichkeit gibt;

- eine langjährige Tradition, wie das Abbrennen eines Osterfeuers, wird gleich für alle erschwert, indem man einige wenige schlechte Beispiele, wo leider auch Müll verbrannt wurde, zum Maßstab nimmt. Bürger, die sich korrekt an die Vorschriften gehalten haben, werden mitbestraft.

Ich denke hier beginnt die viel beschworene Bürgernähe. Eine Verwaltung, die gut arbeitet, wird nicht nur daran gemessen werden, wie sie das Gesetz durchsetzt, wozu sie verpflichtet ist, sondern auch daran, wie sie den ihr zur Verfügung stehenden Ermessensspielraum für die Bürger einsetzt!
Horst Beier, Stadtverordneter

Wie geht's weiter in Noßdorf?



Im vergangenen Jahr hat die Stadtverordnetenversammlung mit einer Stimme Mehrheit die Schließung der Grundschule Noßdorf im Jahr 2014 beschlossen.

Seit diesem Zeitpunkt versuchen Eltern und Anwohner im Stadtteil, eine Lösung für den Erhalt des Standortes zu finden. Der Verein »Bündnis Noßdorf« hat inzwischen zahlreiche Anträge zur Nutzung des Schulstandortes gestellt. Bisher wurde durch die Stadtverwaltung jeder Ansatz für die Gründung einer Privatschule verhindert. Nachdem die Verwaltung nun den Freizug des Hortgebäudes in Noßdorf zum Ende dieses Schuljahres angekündigt hatte, stellte der Verein den Antrag zur kostenlosen Überlassung. Die FDP hat daraufhin einen Beschlussvorschlag in die letzte Sitzung der SVV eingebracht. Leider wollte sie dabei eher nicht mit uns zusammen ar-

beiten. Ohne unsere Mitarbeit wird es keine Lösung im Interesse der Noßdorfer Bürgerinnen und Bürger geben.

Zusammenarbeit in Sachfragen hebt nicht die Unterschiede zwischen den einzelnen politischen Parteien auf, sie zeigt aber, dass man an sinnvollen Lösungen interessiert ist und diese gemeinsam erreichen kann.

Der Antrag wurde dann auf Bitten der FDP in die Ausschüsse verwiesen, weil er bei der Abstimmung durch die Stimmen von CDU und SPD sicher durchgefallen wäre. Die Zeit für eine Lösung wird immer kürzer. In Schacksdorf versucht das Amt Döbern-Land jetzt ebenfalls eine private Schule zu gründen. Hier arbeiten interessierte Eltern und die Verwaltung eng zusammen. In Forst funktioniert dies nicht. Die Zusammenarbeit beim Erhalt von Bildungsstandorten wäre übrigens ein echtes Diskussions-thema zwischen der Stadt Forst und dem Amt Döbern-Land, deutlich wichtiger als die Frage einer politischen Neugliederung.

Kai Grund, Stadtverordneter

In den Jahren 2010/2011 wurde in Trebendorf, Gemeinde Wiesengrund, die KiTa mit Fördermitteln aufwendig saniert.

Ich habe bereits damals darauf aufmerksam gemacht, dass die Gemeinde verpflichtet ist, öffentlich zugängliche Gebäude barrierefrei zu sanieren. Entsprechendes Material habe ich zur Verfügung gestellt. Als ich die Barrierefreiheit ansprach, habe ich Bemerkungen wie »Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen!« u. a. geerntet. Aber, liebe Abgeordnete des Gemeinderates, die Musik ist bezahlt, denn die Gemeinde hat zur Sanierung Fördermittel erhalten. Ich kann mir nicht vorstellen, dass im Fördermittelbescheid nichts von der DIN 18024 bzw. 18040 stand. Zumal in der brandenburgischen Bauordnung bereits seit 1998 steht, dass öffentlich zugängliche Gebäude barrierefrei zu bauen bzw. zu sanieren sind. An den Argumenten damals wie heute hat sich nicht viel geändert.

So ist man im Gemeinderat wohl der Meinung, es besteht kein Bedarf, barrierefrei zu bauen. Aber was ist mit den El-

Was ist denn bloß in Trebendorf los?

tern bzw. Großeltern mit einem Rollator oder Rollstuhl. Werden sie von Veranstaltungen der KiTa ausgeschlossen?

Ein weiteres Argument ist, dass das Jugendamt keine Forderungen an Barrierefreiheit gestellt habe. Dies scheint schwer vorstellbar, ist doch Barrierefreiheit nicht nur eine Aufgabe für ein Bauamt, sondern eine amts- bzw. ressortübergreifende Angelegenheit. Gerade Ämter, Behörden und jede öffentliche Stelle müssen ein vordringliches Interesse daran haben, die Ideen, Leitlinien und Vorgaben der UN-Konvention mit Leben zu erfüllen.

Anders in meiner Heimatgemeinde. Hier wurde von Anfang an ohne Barrierefreiheit geplant. Der Gipfel der Gedankenlosigkeit war allerdings, dass der Fachbereichsleiter des Fachbereichs Bauen, Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Amtsgemeinde Döbern-Land offensichtlich empfohlen hat, auf Barrierefreiheit zu verzichten, weil die Baukosten höher sind. Dazu kann man nur

sagen, bei Sanierungsarbeiten wie in der KiTa in Trebendorf mit Barrierefreiheit erhöhen sich die Baukosten nur wenig. Barrierefreiheit nachzurüsten hat erheblich höhere Baukosten zur Folge.

Ich stelle mir nun die Frage, wie will die Gemeinde die UN-Konvention über Recht von Menschen mit Behinderungen und das Maßnahmenpaket zur Umsetzung dieser UN-Konvention von der Landesregierung des Landes Brandenburg umsetzen? Demnach kann die KiTa kein Kind mit Behinderung ablehnen. Eine nicht barrierefreie KiTa ist kein Grund. Auch Kinder mit Behinderung haben freies Wahlrecht, in welche KiTa sie gehen wollen!

Wir werden weiter verfolgen, wie die Gemeinde diesbezüglich agiert.

Uwe Neuer

Sachkundiger Einwohner Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss des Kreistages Landkreis Spree-Neiße



Neues aus Wiesengrund

Forst und Spremberg buhlen um Amt Döbern-Land

Eine neue Verwaltungsreform soll dem demografischen Wandel in der Region Rechnung tragen. Aus diesem Grund buhlen die Städte Forst und Spremberg um das Amt Döbern-Land mit seinen Amtsgemeinden.

Daran ist im ersten Moment nichts auszusetzen, wohl aber an der Art und Weise. Allein die Tatsache, dass Spremberg, in Person des Bürgermeisters Dr. Schulze, über die Presse das Vorhaben der Eingemeindung angeht, ist ein befremdlicher Fakt. In Forst lässt sich Bürgermeister Dr. Goldschmidt von den Stadtverordneten ohne Not mandatieren, Verhandlungen mit dem Amt Döbern-Land zu führen. Wurden denn in den Stadtverordnetenversammlungen Konzepte zu einer Verwaltungsreform besprochen, in denen unter anderem Sondersteuergebiete ausgewiesen werden? In den Gesprächen mit den politisch Verantwortlichen des Amtes Döbern, darunter u. a. auch die Gemeindebürgermeister und die Ortsvorsteher, konnten beide Bürgermeister kein schlüssiges Konzept vorlegen. Entscheidend für die offensive Herangehensweise ist die Prämie für freiwillige Zusammenschlüsse von 500.000 Euro, ist das doch vor allem für Forst eine wichtige Einnahme. Fakt ist aber auch, dass in der nächsten Legislaturperiode sicher eine weitere Gemeindegebietsreform kommen wird.

Die amtsangehörigen Gemeinden des

Amtes Döbern verständigten sich in internen Gesprächen zu dem Vorhaben, eine amtsfreie Gemeinde Döbern zu schaffen. Voraussetzung ist selbstverständlich, Zahlen und Fakten nebeneinander zu legen und zu prüfen, welcher Weg der gangbare sein wird. Dem Amt Döbern von vornherein das Mitspracherecht zu entziehen und eine Vorverteilung durchzuführen, ist dabei sicher nicht die richtige Maßgabe, auch wenn sich für eine Eingemeindung des Amtes Döbern in die angrenzenden Städte Forst und Spremberg scheinbar auch das Innenministerium des Landes Brandenburg stark zu machen scheint und die politisch Verantwortlichen der Städte offen unterstützt. Die richtige Anmerkung zu diesem Thema kam vom Fraktionsvorsitzenden der LINKEN, Ingo Paesche, der eine faire Verhandlung auf Augenhöhe angemahnt hat.

Fazit: Bei einer etwaigen Eingemeindung werden den dann neuen Ortsteilen nicht mehr die Gestaltungsmöglichkeiten und die politische Teilhabe ermöglicht werden können. Finanzielle Zwänge werden dem gegenüberstehen. Aussagen von bereits eingemeindeten Orten bestätigen diese Überlegungen. Der ländliche Raum in seiner Art darf nicht verloren gehen. Demokratische Beteiligung wird nur in einer Einheitsgemeinde Döbern garantiert werden können.

Andreas Beckmann

Ortsvorsteher Jethe/Smarsco

Wussten Sie schon?

Die durch einen Rechtsanwalt angebotene Rechtsberatung am Sonnabend, dem 24.03.2012, in den Räumen der Geschäftsstelle DIE LINKE hat wieder großen Zuspruch gefunden. Themen waren unter anderem Kosten der Unterkunft und Elterngeld bei Bezug nach SGB II.

Mit dem renommierten Potsdamer Rechtsanwalt und Fachbuchautor Ludwig Zimmermann hat die AG Soziales einen Fachanwalt für Sozialrecht und Arbeitsrecht für die Bürger der Stadt Forst und Umgebung gewinnen können. So bieten wir einmal im Monat eine Rechtsberatung nicht nur zur SGB-II-Thematik, sondern zu allen Themen der Sozialgesetzgebung und dem Arbeitsrecht an.

Termine der Rechtsberatung erfahren Sie in unserer Geschäftsstelle oder auf unserer Homepage: http://www.dielinke-lausitz.de/partei/ag_ig/ag_soziales_forst/.

Die **nächste Rechtsberatung findet am Samstag, dem 28.04.2012**, statt. Darüber hinaus bietet die AG Soziales in Forst allen Bürgerinnen und Bürgern Unterstützung bei der Lösung ihrer Probleme an, egal ob sie sich von Behördenmitarbeitern schlecht behandelt oder aufgrund ihres Alters, ihrer Herkunft oder einer Behinderung diskriminiert fühlen. Auf Nachfrage gehört dazu gegebenenfalls auch eine Begleitung zu den jeweiligen Ämtern und Behörden.

Uwe Neuer, AG Soziales



Auf der SVV am 03.11.2006 wurde auf Antrag der LINKE der Beschluss gefasst, eine Analyse zur sozialen Lage der Kinder und Jugendlichen in der Stadt Forst vorzulegen. Diese Analyse sollte unter Einbeziehung aller in Forst tätigen Sozialarbeiter und der Verbände und Vereine erarbeitet werden.

Aus dem Ergebnis dieser Analyse sollten Schwerpunkte für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen abgeleitet werden, um daraus ein Konzept für die weitere Sozialarbeit zu entwickeln.

In der Begründung zu diesem Antrag hieß es: »... vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen, arbeitsmarktpolitischen und demografischen Entwicklung in der Region vollziehen sich zunehmend differenzierte Prozesse in der Sozialisation von Kindern und Jugendlichen. Darauf muss die Kommunalpolitik reagieren. Die personellen, materiellen und finanziellen Mittel sind im Interesse einer hohen Effizienz auf Schwerpunkte zu richten.«

In diesem Jahr wurde es nun geschafft. Ein Papier mit dem Namen: »Ein sozialräumliches Entwicklungskonzept für Gemeinwesenarbeit, Bürgerengagement und sozi-

ale Infrastruktur in der Innenstadt Forst« wurde vorgelegt.

Auf umfangreichen 250 Seiten wird ein Sozialraum beschrieben, der das Fördergebiet Soziale Stadt umfasst, dabei bleibt aber ein großer Teil der Stadt unberücksichtigt. Der Schwerpunkt wurde dabei jedoch nicht, wie im Ursprungsantrag formuliert, auf die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen gelegt, sondern wesentlich weiter gefasst. Zusammengetragen wurden demografische, sozialstrukturelle Daten, eine Bestandsanalyse und Ergebnisse von Befragungen. Vieles ist seit langem bekannt.

Das Konzept versucht, Antworten und Arbeitsrichtungen aufzuzeigen, die durch Verwaltung und Politik aufgenommen werden können, um in der Stadt Forst gleichwertige Teilhabechancen zu schaffen. Das umfangreiche Zahlenmaterial zeigt eine nicht optimistische Entwicklung der Stadt: sinkende Einwohnerzahlen, eine immer älter werdende Bürgerschaft, geringe Geburtenzahlen und Abwanderungen von Bürgern aufgrund fehlender Arbeitsplätze. Lösungen kann das Konzept nicht aufzeigen, aber es kann eine Entscheidungshilfe sein.

Endlich liegt sie vor!

Die Handlungsempfehlungen sind sehr allgemein gehalten und enthalten nicht viel Neues.

Von den herausgearbeiteten Leitgedanken sind die Grundsätze Innenentwicklung der Stadt vor Außenentwicklung, und Denken in Funktionen statt in Einrichtungen zu nennen, die als Aufforderung an alle verstanden werden soll.

Übereinstimmen wir mit der Forderung zu mehr Einbindung der Bürger bei Entscheidungen zu neuen Projekten und wenn es darum geht, Einrichtungen zu schließen.

Ohne Transparenz in diesen Prozessen geht es nicht.

Anke Schwarzenberg
Ortsvorsitzende

Newsletter

Öko-Strom ohn' Unterlass

Zur anhaltenden NPD-Verbotsdebatte erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und im Innenausschuss:

Würden die vielstimmigen Pro und Kontra NPD-Verbot auf ein Windrad prasseln, gäbe es Öko-Strom ohn' Unterlass.

22.03.2012

PINNWAND

Termine

in der Geschäftsstelle, Berliner Straße 22

Fr. 13.04.: 18.30 Uhr **Treff »Linksrum«**
 Di., 17.04.: 18.30 Uhr **Sitzung Stadtfraktion**
 Mi., 18.04.: 18.30 Uhr **AG »Soziales«**
 Di., 24.04.: 18.30 Uhr **Ortsvorstandssitzung**
 Fr. 27.04.: 18.30 Uhr **Treff »Linksrum«**
 Di., 02.05.: 18.30 Uhr **Sitzung Stadtfraktion**
 Mo., 07.05.: 18.30 Uhr **AG Malxeblatt**
 Fr. 11.05.: 18.30 Uhr **Treff »Linksrum«**

Kranzniederlegung

Am Dienstag, dem 8. Mai, findet um 16.00 Uhr auf dem sowjetischen Soldatenfriedhof eine **GEDENKVERANSTALTUNG** zum 67. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus durch die Armeen der Antihitlerkoalition und der Beendigung des 2. Weltkrieges statt.

INFO:

Für interessierte Bürger/-innen besteht die Möglichkeit, während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle, Dienstag und Donnerstag von 9 bis 11 und 14 bis 17 Uhr, folgende Zeitschriften zu lesen:

Malxeblatt, Clara, Disput, Zeitzeugen

Geburtstag

16.04.: 67 Jahre Peter Kunze
 20.04.: 68 Jahre Gertraud Mahling
 12.05.: 63 Jahre Anita Konzack

Herzlichen Glückwunsch, unseren Jubilaren, auch all jenen, die hier nicht genannt sind!

»Gysi kommt«

Am Montag, dem 16.04.2012,

um 18 Uhr wird Gregor Gysi im Audimax der BTU zu aktuellpolitischen Fragen sprechen.

Interessierte, die eine Mitfahrgelegenheit benötigen, sollten sich bis Do., den 12.04.12, in der Forster Geschäftsstelle melden.

Jo mei

Innenminister Friedrich (CSU) tönnte neulich in der Bild: »Die Multi-kulti-Illusion ist gescheitert.« Dabei sah es bislang so aus, als sei die Integration der Bayern auf einem guten Wege. **Jan Frehse**

Aus »Eulenspiegel«
Nr. 4/12

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
 Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
 V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
 Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
 oder im Internet: www.dielinke-lausitz.de
 E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de
 Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail:
malxeblatt@gmx.de

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
 Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.